



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

55. Sitzung (öffentlich)

24. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

7

Der Vorsitzende stellt fest, dass den Ausschussmitgliedern die Einladung zur heutigen Sitzung fristgerecht bekanntgegeben worden ist. Da ihm keine Änderungswünsche der Fraktionen übermittelt worden sind, geht er davon aus, dass die Tagesordnung in der vorgesehenen Form abgehandelt werden kann. – Der Terminplan des Ausschusses für 2015 soll daraufhin überprüft werden, ob im nächsten Jahr eine Sitzung auf der REHACARE stattfinden kann.

- 1 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPa NRW)**

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3388

Änderungsantrag
der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN

APr 16/319

In Verbindung mit:

**Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes
Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI (APG DVO NRW)**

Entwurf der Landesregierung
Vorlage 16/2165

APr 16/539

In Verbindung mit:

**Überarbeiteter Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des
Wohn- und Teilhabegesetzes (Wohn- und Teilhabegesetz-Durchfüh-
rungsverordnung – WTG DVO)**

Entwurf der Landesregierung
Vorlage 16/2166

Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten wird vom Ausschuss einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf wird vom Ausschuss – unter Berücksichtigung des gerade beschlossenen Änderungsantrages – bei Stimmenthaltung der Fraktion der Piraten dem Plenum zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich – bei Stimmenthaltung der FDP –, dem Landtag zu empfehlen, das Einvernehmen bezüglich der APG DVO NRW, Vorlage 16/2165, herzustellen.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales beschließt – bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP – einvernehmlich, dem Landtag zu empfehlen, das Einvernehmen mit dem unter der Vorlage 16/2165 übersandten Entwurf für eine Verordnung zur Durchführung des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG-DVO) mit der Maßgabe zu erklären, dass § 7 Abs. 1 Satz 2 („In bestehenden Einrichtungen müssen mindestens Tandembäder bis zum 31. Juli 2018 errichtet werden.“) gestrichen wird.

Zur Einvernehmensherstellung mit dem Landtag werden beide Durchführungsverordnungen ebenfalls für das Plenum im Oktober 2014 angemeldet.

2 Haushalts- und Wirtschaftsführung 2014 – Auswirkungen der Haushaltssperre im Bereich der Einzelpläne 11 und 15 16

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2138

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung –
Vorlage 16/2138 – zur Kenntnis.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) 18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/6710

a) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Vorlage 16/2175
Bericht der Landesregierung

b) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 16/2162
Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt die mündlichen Berichte von Minister Schneider (zum Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales) sowie von Staatssekretärin Hoffmann-Badache (zum Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) entgegen.

4 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW) 28

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/6636

Der Vorsitzende informiert, dass eine Anhörung zu dem in Frage stehenden Ausführungsgesetz am 26. November 2014 stattfinden wird. Der Ausschuss für Kommunalpolitik hat bereits beschlossen, sich daran im Wege einer Pflichtsitzung zu beteiligen.

5 Gesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen (Sozialberufe-Anerkennungsgesetz – SobAG) 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6224

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/6224 – zur Kenntnis.

Der Ausschuss ist – so wurde in der Obleserunde am 3. Juli 2014 vereinbart – damit einverstanden, dass er sich bei der Mitberatung von Gesetzentwürfen nachrichtlich an Anhörungen im federführenden Ausschuss beteiligt.

6 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413
APr 16/594

Der Ausschuss beschließt, kein Votum an den federführenden Rechtsausschuss abzugeben.

7 Bericht über die Unabhängigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MDK Nordrhein und Westfalen-Lippe 31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2187

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung –
Vorlage 16/2187 – zur Kenntnis.

8 Bericht über die Chrystal-Meth-Szene in NRW 32

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2186

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung –
Vorlage 16/2186 – zur Kenntnis.

In Bezug auf die Überlegung, Kinder und Jugendliche des Landes besser vor der Droge zu schützen, sagt Staatssekretärin Hoffmann-Badache vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter zu, dafür zu sorgen, dass auf den Homepages der dafür zuständigen Organisationen – Landesstelle Sucht und „ginko-Stiftung für Prävention“ – mehr Informationen eingestellt würden.

Desgleichen sagt KOR Wunsch für das Ministerium für Inneres und Kommunales zu, dass der Ausschuss zu gegebener Zeit über das Handlungskonzept informiert wird, welches in Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium, Fachleuten des LKA und der Suchthilfe entwickelt werden soll.

9 Bericht über die Umsetzung von Barrierefreiheit in den Landesministerien 34

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2233

Der Tagesordnungspunkt wird auf Bitten der CDU-Fraktion auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

10 Verschiedenes**35**

Der Vorsitzende schlägt vor, das Verfahren bezüglich des Themas „Hilfsfonds für Missbrauch in Psychiatrien“ auf einer Obleutesitzung im Rahmen des Plenums Anfang Oktober zu besprechen.

* * *

6 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413
APr 16/594

Vorsitzender Günter Garbrecht trägt vor, der Gesetzentwurf sei in der 56. Plenarsitzung am 9. April 2014 an den Rechtsausschuss – federführend –, an Haushalts- und Finanzausschuss, den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation überwiesen worden.

Am 25. Juni 2014 habe der federführende Rechtsausschuss unter pflichtiger Beteiligung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. An dieser habe sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit Beschluss vom 28. Mai 2014 nachrichtlich beteiligt.

Es sei beabsichtigt, in diesem Ausschuss die Beratung zu dem Gesetzentwurf heute fortzusetzen und mit einem Votum an den federführenden Rechtsausschuss abzuschließen. Er schlage vor, kein Votum abzugeben. Der Rechtsausschuss wolle seine Beratungen im Oktober dieses Jahres – spätestens aber im November – abschließen.

Der Ausschuss beschließt, kein Votum an den federführenden Rechtsausschuss abzugeben.

